

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

135 (15.11.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-893664](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-893664)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Seimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. Nr. 34: 552. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth. Druckschiffleitung: H. Zirk, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmittelmittelzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste 2, Nachlassstaffel A), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht. Schiffsach 17

Nr. 135

Elsfleth, Donnerstag, den 15. November

1934

Immer wieder Versailles

In diesen Wochen macht die ganze Welt eine neue Revolutionsbewegung durch. Man hat den Eindruck, als wollten bestimmte europäische Mächte prüfen, welcher Belastungsprobe heute die europäischen Nationen ausgesetzt werden können. Man schreibt und spricht mit einer gewissen gedachten Selbstverständlichkeit von Krieg, legt sich keinerlei Beschränkungen auf in der Hervorbringung neuer Kriegsmaschinen und in der Aufrüstung an Menschen und Waffen. Die Tatsache, daß man vor wenigen Tagen durch die Welt Nachrichten und Gerüchte jagte, als sei eine Neuorganisation des Saargebietes durch französische Truppen eine ganz selbstverständliche Sache, liegt ebenfalls in der Richtung der „Prüfung der Tragfähigkeit der europäischen Nationen“. Und eine gewisse Presse macht sich ein besonderes Vergnügen daraus, mit dem Kriegsgedanken zu spielen, als handele es sich um die harmloseste Sache der Welt. Während die Diplomaten und Staatsmänner der europäischen Regierungen in erster und schließlich auch späterhin sich gegenseitig versichern, daß man alles tun wolle, um bestehende Streitfragen auf gutlichem Wege zu beseitigen, muß die Nachricht eines französischen Blattes wie ein Pfeil durch den Wind, daß Frankreich, falls der Völkerverbund die französische These über die künftige Gestaltung des Saargebietes nicht annehmen sollte, sich „sein Recht selbst nehmen“ würde.

Das ist Versailles Geist, wie er schroffer und zynischer nun gedacht werden kann. Gerade die Auseinandersetzungen in der europäischen Öffentlichkeit auf Grund der französischen Vorkriegsbestrebungen haben deutlich erkennen lassen, daß die Mehrheit der Völker endlich von dem Versailles Geist befreit sein möchte. In Völkern hat Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk sich über das Problem der öffentlichen Finanzen und Wirtschaft verbreitet. Auch hierbei mußte er von dem Versailles Diktat ausgehen, das all die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Devisen und Rohstoffe heraufbeschworen hat. Durch dieses Diktat wurde Deutschland zum Rohstoffarmen und zum kapitalärmsten Land der Welt. Aber nicht genug damit, daß man ohne Rücksicht auf die weltwirtschaftlichen Rückwirkungen Deutschlands Rohstoffmangel vergrößerte, verlangte man von ihm die Bezahlung politischer Schulden, die selbst nach der Versailles These nur von den Ueberblüssen seiner Außenhandelsbilanz zu decken waren. Man hat sich aber in diese These nicht gehalten, sondern von Deutschland ein ganz Widersinniges verlangt, nämlich aus seiner Substanz all die „Gläubiger“ zu befriedigen, die willkürlich ihre Forderungen anwachsen ließen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß Deutschland nicht nur die Zahlung der politischen Schulden, der Reparationen, einstellte, sondern daß die Abtragung seiner privaten Schulden davon abhängig wurde, welche Möglichkeiten die einzelnen Länder Deutschland bei dem Verkauf seiner Waren boten. Politische und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit hat über das Ausland hinweg, den deutschen Waren den Eintritt in seine Länder zu verwehren. Was war letzteres anders, als daß durch das langsame Verliegen der Devisenquellen Deutschland sich gezwungen sah, die Einfuhr ausländischer Waren auf das Mindestmaß zu beschränken.

Bei gewissen Auslandsmächten hat genau so wie vor und nach dem Kriege die Ueberlegung mitgeprochen, den deutschen Konkurrenzern auf dem Weltmarkt möglichst zu behindern. Nur hat man eines nicht überlegt, daß einmal die Ausschaltung eines 65-Millionen-Volkes vom Weltmarkt die ganze weltwirtschaftliche Struktur zerrütten würde und zum andern, daß ein von fanatischem Feindsinn und Aufbaumwillen erfaßtes 65-Millionen-Volk Mittel und Wege zu finden weiß, um der Rohstoffschwierigkeiten durch Erschließung eigener Hilfsquellen Herr zu werden. Was von Seiten der deutschen Regierung vor Monaten solche Ueberlegungen angeklagt wurden, hat man im Ausland darüber wieder vergessen. Man hatte geglaubt, Deutschland würde wieder auf „Erschöpfung“ zurückgreifen müssen, die eben nur primitiver Nothbehelf für eine gewisse Zeit sein konnten. Man hat aber das eine übersehen, daß die systematische Rohstoffbeschaffung im eigenen Lande mit Hilfe der deutschen Wissenschaft und Technik zu Ergebnissen führen könnte, die alle wirtschaftlichen und politischen Berechnungen gewisser Boykottisten über den Hausverstand hinweg warfen.

Heute steht Deutschland vor der Tatsache, daß es den Kampf gegen den Rohstoff- und Devisenmangel des Auslandes aufzunehmen bereit ist, um ihn nicht wieder in absehbarer Zeit abzubrechen. Deutschlands Wirtschaft stellt sich nun und überläßt es den übrigen Ländern, für ihren Rohstoffbedarf die geeigneten Möglichkeiten ausfindig zu machen. Deutschland wird keine Erschöpfungs- oder Nothmaßnahmen fordern vollwertiger Exportstoffe, die ihm die Möglichkeit bieten, nicht nur jeglichen Bedarf im Lande zu befriedigen sondern darüber hinaus auch mit dem Ausland in Wettbewerb zu treten. Es ist eine letzte Mahnung und Warnung, die der Reichsfinanzminister in Völkern an das boykotttätige Ausland gerichtet hat: Wir sind bereit, unsere Gläubiger zu befriedigen, jedoch mit Waren, also mit eigener Hände Arbeit. Wir sind aber nicht bereit, uns unter

das Devisenjoch bestimmter jüdischer Warenpekulanten zu biegen. Es liegt beim deutschen Volk, ob wir diesen Kampf gegen den neuen Vorkriegs Versailles Geistes erfolgreich bestehen. Minister von Krosigk hat jedem einzelnen das Sachwort gegeben: Die Neue Welt zu behaupten und jede Hamsterei und Preisstreiberi vermeiden! Auch Versailles ist nicht ein ewig gültiges Gesetz; härter als dieses sind das Lebensrecht und der Lebenswille eines Volkes.

Deutschlands Wirtschaftspolitik

Grundtätige Ausführungen des Finanzministers

In Völkern sprach der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk über „Deutsche Finanzen und Wirtschaft“. Der Minister erklärte u. a. wirtschaftlich sei es einer der unangenehmsten Irrtümer der Nachkriegsjahre gewesen zu glauben, die Arbeitslosigkeit könne durch Verminderung der Kinderzahl bekämpft werden. Wenn das neue Einkommensteuergesetz nicht überall volle Zufriedenheit hervorgerufen habe, so las das zu verstehen, aber jede Steuerentlastung habe ihre Grenzen. Hier tiege die Grenze in der Verbesse- rung der kommenden Jahre durch die Rückzahlung der Kredite, die zur Finanzierung der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung aufgenommen worden sind. Die oft gestellte Frage, woher das Geld für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung genommen wurde, beantwortete der Minister dahin, daß es in Wechseln von den Sparkassen und Banken, u. a. auch von der Reichsbank, gegeben worden sei. Die Einlösung dieser Wechsel besahe zwar die kommenden Jahre, aber abgesehen davon, daß im Jahre 1933 gar keine andere Wahl gegeben war, sei es eine einfache Rechnung zu beweisen, daß die Rückzahlung der Wechsel durch die Erparnisse aus Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung und Steuererhöhungen aus der Wirtschaftsbelebung gesichert sei.

Auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft würden wir bestimmt nicht pleite gehen, erklärte der Minister, machte aber auf Gefahrenherde aufmerksam. Alle Weiber beiderlei Geschlechts machten aus einer leicht verständlichen Knappheit die Ueberbreitung eines Mangels.

Es sei ganz selbstverständlich, daß die Deckung des neu-gewonnenen Mehrbedarfs auch eine vermehrte Einfuhr von Rohstoffen erforderlich. Die Devisenknappheiten seien eine Folge des Versailles Diktats. Wir hätten stets unseren Gläubigern gesagt: Wir wollen zahlen, laßt uns zahlen mit dem, was Deutschland leisten kann, mit Waren und mit Diensten. Aber Waren von Deutschland abzuholen und gleichzeitig Bezahlung von Deutschland zu fordern, das ist ein wirtschaftlicher Irrsinn und nicht durchführbar. Er hoffe, daß wir schließlich doch einmal mit diesen ganz selbstverständlichen und ganz klaren Bemerkungen Gehör finden werden. Vorläufig bleibe uns nichts weiter übrig, als den bisherigen Weg zu gehen; jeden Versuch zu machen, unsere Ausfuhr zu fördern, aber auch unsere Einfuhr aus dem Ausland einzuschränken. Dabei hat der Minister, ein Wort nicht anzuwenden, das er hoffe: das Wort Erschöpfung. Was wir selbst erzeugen, sind nicht Erschöpfungs- Gegenstände, wie der Rückzu- der Reichsfinanzminister für den Rohstoff.

Der neue Devisenplan wird zweifellos Schwierigkeiten bereiten, niemals aber fühlbaren Mangel bringen, wenn nicht das deutsche Volk selbst die Nerven verliert und durch ungerechtfertigte Hamsterei Schäden herbeiführt, zu denen kein Anlaß vorliegt. Hamsterei würde nur zur Preisstreiberi führen. Daß die Regierung jeder Preisstreiberi sofort entgegentritt, hat sie durch die Ernennung Dr. Goebblers zum Preisminister und durch dessen Sofortmaßnahmen bewiesen. Alle diese Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung bedeuten nicht das Ende der freien Wirtschaft. Der Staat schreibt nicht jedem Betrieb die Einzelheiten seines Handelns vor, sondern er gibt nur die Richtlinien, mit denen er die Wirtschaft lenkt und leitet, um aus der marxi- stischen Entfesselung der Begriffe von der Ehre der Arbeit und der Ehre des Handelns herauszukommen.

Stürmischen Beifall fand der Minister, als er erklärte: Der königliche Kaufmann war in dem Augenblick verchwunden, als über dem Hauptbühnen nicht mehr stand „Mit Gott“. Falsch wie der ganze Marxismus war auch sein Glaube an ein Primat der Wirtschaft vor der Politik. Mit dieser Lehre machte der Staat selbst der Wirtschaft Konkurrenz. Je stärker ein Staat ist, um so weniger hat er es nötig, selbst Wirtschaft zu treiben. Darum ist unser Staatsziel: ein starker, ehrbarer Staat, und in der Hülle dieses Staates eine freie, ehrbare Wirtschaft.

Sowjetstehs in Barcelona

Die Finanzierung der Revolution.

Bei Hausdurchsichten in Barcelona hat die Polizei Schriftstücke beschlagnahmt. Unter diesen befinden sich Scheidungsstücke, aus denen hervorgeht, daß die katalanischen Auffständigen bedeutende Geldunterstützungen aus der Sowjetunion bezogen haben.

In Valencia wurden von unbefannten Tätern zwei Bombenanschläge verübt, wobei das Verlamungsfakel einer rechtspolitischen Vereinigung und die Wohnung eines Pfarrers schwer beschädigt wurden.

Deutsches Rechtsempfinden

Göring: Rechtsfischerheit Grundlage der Volksgemeinschaft

Am festlich geschmückten Großen Sitzungssaal des Berliner Rathauses begann die fünfte Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht, die eine besondere, über die deutsche Grenze hinausreichende politische Bedeutung durch die damit verbundene Saartundgebung und eine große Rede des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring über die Rechtsfischerheit als Grundlage der Volksgemeinschaft erhielt.

Der Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Reichsjustizminister Dr. Frank, konnte in seiner Begrüßungsansprache außer dem preußischen Ministerpräsidenten noch den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und den Reichsfinanzminister Grafen Schwerin-Krosigk und zahlreiche Länderminister begrüßen. In der Sitzung nahmen weiter teil mehrere Staatssekretäre, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der Führer der deutschen Wirtschaft Graf von der Borch, Staatsminister Dr. Eppert, Oberbürgermeister Dr. Ehm sowie Vertreter der Wehrmacht, der Polizei und der SA. Auch die ausländischen diplomatischen Vertretungen in Berlin waren zahlreich erschienen.

Reichsjustizminister Dr. Frank führte in seiner Ansprache u. a. aus: Die Akademie für Deutsches Recht ist das stolze Instrument des stolzen Reichswillens des Nationalsozialismus und damit ein Instrument des Friedenswillens unseres Führers. Sie ist stolz darauf, die Geschichte des Reichswillens und der Friedensschlichtung des nationalsozialistischen Deutschlands auf rechtslichem Gebiet eingeleitet und einen neuen Blüthe entgegengeführt zu haben. Möge die Welt überzeugt sein, daß der Nationalsozialismus vor der Geschichte bestehen will als Garant einer menschenrechtsrechtlichen Rechtsordnung, und möge man aus diesem ethischen und fundamentalen, aber auch unabdingbaren Ueberzeugungsdrang unserer Nation zum ewigen Reich unseres Volkes verstehen, daß auch in diesem Augenblick unter aller Gedanken unserer Vorfahren auf der Saar gemindert sind. Denn das Recht Deutschlands auf die Saar ist das unabdingbare, von keinem Vertrag, von keiner Nachanwendung zu erschütternde ewige Naturrecht wie das der Mutter auf ihr Kind. Dann nahm der preußische

Ministerpräsident Göring

mit herzlichem Beifall begrüßt, das Wort zu dem Thema: „Die Rechtsfischerheit als Grundlage der Volksgemeinschaft“. Ministerpräsident Göring führte u. a. aus: Auch wir Nationalsozialisten erkennen die Bedeutung des Rechtes für das im Staat geordnete Zusammenleben der Volksgenossen durchaus an. Das Primäre für uns ist aber nicht der einzelne sondern die Gemeinschaft aller Volksgenossen. Deshalb nennen wir uns Sozialisten. Unsere Staat hat der Führer für das Volk geschaffen, damit das Volk leben kann. Unser Staat ist daher nicht Selbstzweck sondern Mittel zum Zweck. Der nationalsozialistische Staat erstrebt den Zusammenschluß seiner artgleichen Menschen zur völkischen Gemeinschaft, zur Volksgemeinschaft.

Es gibt aber keine Volksgemeinschaft unter Menschen ohne Recht. Das ist eine Erkenntnis, die schon unsere germanischen Vorfahren zur Grundlage ihres staatspolitischen Denkens und Handelns gemacht haben.

Ich weiß, daß man nun den Grundged des Rechtes an sich selbstverständlich auch überlegen kann. Nur das eine will ich hier bereits vorwegschicken: Nicht das Recht an sich ist das Primäre. Zweck ist dagegen das Volk, und das Volk ist ein Staat, und der Staat ist das Recht für die Gemeinschaft des Volkes. Daran leidet sich kein Volk und die Bedeutung ab, daß immer und über- all das Primäre das Volk ist, und daß aus dem Volk heraus erst Staat und Recht entstehen können. Gehe die Volksgenossen fiele Buchstaben, die ihren Zweck nicht erfüllen, die sie sogar mehr schaden können als nützen, wenn nicht die Gemüter gegeben ist, daß sie auch überal und zu jeder Zeit ihrem Sinn und Zweck gemäß vollzogen und erfüllt werden.

Der Staat muß dafür sorgen, daß die Gehe richtig erfüllt und ladgemäß gehandhabt werden, er muß jedem Gliede der Volksgemeinschaft, jedem Volksgenossen die ordnungsmäßige und zweckdienliche Anwendung der Gehe, d. h. den Schutz der Gehe, garantieren. Das ist Rechtsfischerheit.

Die Rechtsfischerheit ist die Grundlage jeder Volksgemeinschaft. Das gilt ganz besonders für den nationalsozialistischen Staat, in dem die der deutschen Art gemäße Lebensform des allgemeinen Volksgenossenschaftlichen herrscht. Ihre Grundlage ist die wechselseitige Treue zwischen Führer und Volksgenossen. Die Ordnung dieses Staates ist begründet auf einem unerwidertlichen Glauben zu dieser Staatsidee, auf Treue und Vertrauen. Es gibt aber kein Vertrauen der Volksgenossen, wenn nicht jeder einzelne da draußen im Lande weiß, daß der Führer durch die beruflichen Organe unabhängig bemüht ist, seinen ständig lebendigen Anspruch auf Gerechtigkeit, auf Verwirklichung des Rechtes und Geheles zu erfüllen.

Es kann aber nicht in Betracht kommen, daß der nationalsozialistische Staat seine Organe, seine Nachmittell einsetzt, um den in jenem Tun zu schämen, der etwas begehrt und erhebt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist. Der Hauseigenümer, der unbarmherzig und strupplos arme Volksgenossen um Nichtigkeiten willen obdachlos macht, hat den Schutz des Staates in diesem seinen Treiben verwirft, denn er verlißt gegen die Grundgesetze der Volksgemeinschaft, selbst wenn er in jenem Tun den Schein eines Gesetzesparagrafen für sich hat.

Jeder einzelne der Gefolgschaft hat den Anspruch auf Schutz der Gesetze, aber auch nur, solange er sich in der Volksgemeinschaft als wirklicher Volksgenosse im wahren Sinne dieses ehrenrührenden Wortes bewegt. Wer sich in jenem Tun außerhalb der Gefolgschaft stellt, wer erwiesenermaßen die Volksgemeinschaft selbst bekämpft und zerlegt, wer diesen Staat und damit die Gemeinschaft verläßt, der stellt sich mit diesem Tun auch außerhalb der Gesetze dieser Volksgemeinschaft und verwirft dann auch seinen Anspruch auf Schutz.

Das Recht muß so gestaltet sein, daß es irgendwo im Innern des einzelnen Volksgenossen Anknäuel und Widerhall findet, daß es nicht einfach vollkommen verständnislos über den Wolfen thronend in seiner juristischen Asele ausgedacht worden ist.

Wir haben uns in die Zeit geordneten Neuaufbaues durchgeekämpft. Der Führer hat in jenem Amnestiegesetz vom 7. August 1934 noch einmal in höchster Weise Gnade bewahrt. Handelt sich gegen die Gesetze des Staates vergeblich, handelt gegen den Willen des Führers, handelt gegen die Bewegung gegen den Staatsgedanken und gegen unterer Weisung. Er verlegt damit die heilige Treuepflicht gegenüber dem Führer; denn die Treue der Gefolgschaft heißt Gehoramt. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Geiste und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Es geht nicht an, daß sich derjenige, der sich einst um Volk und Staat Verdienste erworben hat, jetzt unter Berufung auf die Verdienste als über den Gesetzen stehend betrachten könnte. Das würde das Ende jeder Rechtsfähigkeit, nackte Willkür und damit den Schluß jeder Volksgemeinschaft bedeuten.

Für uns gilt weiter in unserem Kampfe das große Gesetz des Führers: „Alles um des Volkes willen tun, in allem nur an das Volk und seine Gemeinschaft denken!“ Wohin es führt, wenn wir dieses Gesetz vergessen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mühten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entschlossene Tat des Führers war auch deshalb erforderlich, um eine Zerföhrung der Rechtsfähigkeit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Wie ist diese vielleicht größte Rechtskatastrophe im Ausland mißverstanden worden! Wie hat man zu erklären versucht, hier habe Willkür geherrscht, hier sei ohne ordentliche Gerichtsverurteilung worden und ähnliches mehr. Meine Herren, für das deutsche Volk ist das erledigt durch das Wort des Richters in dieser Stunde, des Führers, der erklärt hat: in dieser Stunde der höchsten Gefahr sei er allein, der vom Volke gemählte Führer, oberster Gerichtsherr der deutschen Nation.

Falsche Milde, falsche Humanität sorgen nur dafür, Rechtsbegriffe und Rechtsfähigkeit zu untergraben, zu unterminieren, zu zerstören. Wenn Sie die Annalen durchlesen von Gerichtsurteilen gegen die schwersten Verbrechen des Mordes und des Raubes und wenn Sie denn sehen, daß über allem die Begnadigung schwebt, so untergräbt das selbstverständlich die Rechtsfähigkeit. So wie man jenem Menschen gegenüber, der gestolzt hat, nicht das Urteil ewiger Verdammnis sprechen darf und sprechen soll, so wie man sich jedesmal klar sein muß, daß auch der schwebende Mensch wieder zurückgeführt werden muß in die Volksgemeinschaft, so muß irgendwie eine unübersteigbare Grenze sein.

Ich habe daher vom ersten Tage an rücksichtslosen Kampf und Vernichtung allen denen angesetzt, die aus Selbstsucht und egoistischen Trieben die Gemeinschaft und ihre Glieder gefährden und stören. Ich habe grundtätig dort die Begnadigung verweigert, wo Menschenbild vergossen war, wo gemordet worden war. Und der Erfolg?

Sehen Sie sich die Statistik durch, vergleichen Sie einmal die Raubmorde vor unserer Machtergreifung und danach —, und Sie werden erkennen können, daß in einem Monat im ganzen Jahre 1932 allein in Berlin mehr Raubmorde geschehen waren als im ganzen Jahre 1933 im gesam-

ten Preußen. Ich meine, das spricht eine deutliche Sprache und weist darauf hin, was zu geschehen hat, um Rechtsempfinden und Rechtsfähigkeit des Volkes zu gewähren.

Darum habe ich Schluß gemacht mit dem Unfriedlichen, von falligen, ungelunden Menschheitsidealen beeinflusster Strafpolizistensmethoden und habe dafür Sorge getragen, daß Strafen wieder Strafen wurden.

Im Kampfe gegen falsches Recht und Rechtslosigkeit hat Adolf Hitler das Dritte Reich geschaffen. Sorge jeder an seinem Platze, auf den ihn der Führer gestellt hat, dafür, daß es in die Geschichte des Reiches als das Reich der Berechtigung eingetht mit dem altpreußischen Grundsatz: *in ius vivit, non in verba* (lebend das Gesetz, lebender Besatz).

Zu die große Zustimmung der Adenauer für Deutliches Recht schloß sich eine Arbeitsstagnation an. Staatssekretär B u n d n e r sprach über den Aufbau der deutschen Verwaltung. Er ging in seinem Vortrag von den Zuständen der Verwaltung unter der Weimarer Verfassung aus. Er schilderte plastisch das Nebeneinander und Gegeneinander von Reichsverwaltung und Landesverwaltung, die nicht nur in keinerlei organischer Verbindung zueinander standen sondern letztlich ihre Aufgabe in der gegenseitigen Bekämpfung sahen. In Stelle dieses Nebeneinander und Gegeneinander verschiedener Verwaltungen und Verwaltungsträger ist heute die Einheit der Verwaltung im Deutschen Reich getreten, so daß wir heute berechtigt sind, von einer d e u t s c h e n V e r w a l t u n g zu sprechen. Der Vortragende schilderte anschaulich die allmähliche Aneinanderführung von Reichs- und Landesverwaltung, die zum vollen Aufgehen der Landesverwaltung in die Reichsverwaltung durch das neue Aufbaugesetz vom 30. Januar 1934 führte.

Gegen Preistreibe

Berordnung Gorbeler gegen Preisbindungen

Am Reichsgerichtstag wird eine Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung Dr. Gorbeler über Preisbindungen und gegen Verwertung der Bedarfsdeckung veröffentlicht. Am § 1 ist sie im wesentlichen eine Wiederholung der vom Reichswirtschaftsminister erlassenen Verordnung vom 16. 5. 1934. Sie bestimmt in § 1, daß Verbände und andere Zusammenschlüsse öffentlicher oder bürgerlicher Rechts Preise, Mindestpreisen, Höchstpreisen und Mindestzuschläge nur noch mit Einwilligung des Reichskommissars oder seiner Beauftragten festsetzen verabschieden, empfehlen oder zum Nachteil der Abnehmer des Kleinhandlers verändern dürfen.

§ 2 verbietet Erzeugern und Großhändlern, ohne vorherige Einwilligung des Reichskommissars Kleinhandelspreise festzusetzen oder zum Nachteil der Abnehmer zu verändern. Damit wird der unbegrenzten Herausgabe neuer Marktarartikel ein Riegel vorgezogen. Der Reichskommissar wird die Genehmigung für neue Marktarartikel nur erteilen, wenn die Ware hinreichende Qualität für einen markenwürdigen Schutz aufweist und die Preisstellung in allen Teilen angemessen ist.

§ 3 unterliegt, den Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher durch Einhaltung volkswirtschaftlich entbehrlicher Zwischenstellen aller Art zu erleichtern, zu verlangsamen oder zu verteuern. Damit soll selbstverständlich nicht die volkswirtschaftlich notwendige Funktion des großen Einzelhandels angefaßt werden. Sie ist im Gegenteil unentbehrlich. Wenn jeder Verbraucher seinen ganzen Warenbedarf bei den verschiedenen Erzeugern deuten würde, würde er ein Wehrtales seines Einkommens verreiben müßten. Betroffen sind indes hiermit aber diejenigen Zwischenhaltungen auf dem Wege der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher, die entbehrlich sind und irgendeine volkswirtschaftlich berechtigte und nützliche Wirkung nicht mehr haben. Damit auch hier keine Unklarheiten in der Praxis entstehen, hat sich der Reichskommissar die Entscheidung darüber vorbehalten, ob die Zwischenstelle im einzelnen Falle volkswirtschaftlich entbehrlich ist oder nicht.

Lieferungsverträge sind einzuhalten

Beim Reichskommissar für Preisüberwachung gehen täglich Klagen ein, daß bei Verträgen, die vor einigen Wochen oder Monaten fest abgeschlossen sind, der Verkäufer jetzt die Lieferung nur zu erhöhtem Preise oder zu sonstigen verfehlerten Lieferungs- oder Zahlungsbedingungen ausführen will.

tiges ereignen sollte und ich despezifien mühte. Ich hole die Adresse.“

Sie brachte sie gleich darauf, und Hans Hammerschlag notierte sich: „Hotel Moderne, Place de la Republique.“ Marie erzählte noch:

„Heute nacht bleibt die gnädige Frau in Berlin; aber morgen ganz früh fährt sie vom Anhalter Bahnhof ab. Wenn es sich bei Ihnen um etwas Wichtiges handelt, Herr Generaldirektor, könnten Sie die gnädige Frau vielleicht noch sprechen. Sie wohnt in Berlin im Hotel Excelsior.“

Als Hans Hammerschlag sich mit seinem Auto wieder auf der Landstraße befand, sagte er seinem Mann, Rein, er wollte keinen Versuch machen, Margot noch an dem Abend oder am andern Tage zu sprechen. Er würde sein Auto in Berlin unterstellen und darauf mit demselben Zug wie Margot nach Paris reisen. Dort mühte er Gelegenheit suchen, sich mit ihr auszusprechen. Er mußte noch einmal über die merkwürdige Sache im Haag mit ihr reden. In aller Ruhe! Sie würde ihm, wenn er sie recht bat, wohl doch die Wahrheit sagen. Sie würde es tun; er durfte sie nur nicht gleich so erschrecken, wie damals im Haag.

33. Bogen.

Margot hätte in einem Abteil erster Klasse Platz genommen. Sie befand sich darin allein, denn der Zug war ab Berlin nicht sehr befestigt. Sie hatte in der vorherigen Nacht, die sie im Hotel Excelsior zugebracht, kaum geschlafen und sich nur immer und immer wieder ausgemerkt, wie sich das gefährdete Wiedersehen mit Fred von Lindner gestalten würde. Sie kannte Paris ein wenig, war mit ihrer Mutter dort gewesen und auch mit Fred von Lindner auf der Hochzeitzeile. Deutlich erinnerte sie sich noch an die alte Notre-Dame-Kirche mit den Wasserpieten hoch oben in Gestalt greulicher Zeufelsfrazen und widerlicher Untiere. Vor dem Portal der interessanten Kirche sollte sie den Mann treffen, vor dem ihr graute wie vor einer bösen, anfeindenden Krankheit.

Sie war so verfunken in ihre trüben Gedanken, daß sie kaum merkte, wie die Stunden hingingen; und sie ahnte

Es wird darauf hingewiesen, daß ein solches Verhalten bei zu selten Bedingungen abgeschlossenen Verträgen vollkommen rechtswidrig ist und Einhaltung obgeschlossener fester Verträge zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmannes gehört.

Auch Verbände, die Preise bestimmen haben, haben häufig verliert, auf ihre Verbandsangehörigen einen Druck dahin auszuüben, daß selbst solche Waren zu den neuen höheren Preisen abzugeben sind, die noch zu einer Zeit eingekauft sind, als Preisbindungen oder Auflagen nicht bestanden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach Aufassung des Reichskommissars viele Versuche, „Mit-Ware“ späteren Preisbindungen oder veränderten Absatzbedingungen zu unterwerfen, unzulässig sind.

Schlächterläden in Stuttgart geschlossen

Das württembergische Wirtschaftsministerium als württembergische Preisüberwachungsstelle hat die Läden mehrerer Stuttgarter Metzgermeister vorläufig auf die Dauer von vier Tagen geschlossen. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß verschiedene Metzgermeister die festgelegten Höchstpreise nicht einhalten.

Regierungstrife in Belgien

Gesamtsitzung des Kabinetts de Brocqueville

Brüssel, 13. November.

In der belgischen Kammer, die zu einer neuen Tagung zusammentrat, hielt Ministerpräsident de Brocqueville eine längere Rede, die mit der Erklärung endete, daß das jetzige Kabinett das wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbauprogramm, das es mit Hilfe der von der Kammer ihm übertragenen Sondervollmachten begonnen habe, nicht zu Ende führen könne, weil unter den Ministern in letzter Zeit Meinungsverschiedenheiten über die weitere Fortsetzung entstanden seien. Der Ministerpräsident erklärte, daß die belgischen Minister ohne Amisbereich Van Zeeland und Angenbec bereits in der vorigen Woche ihm ihre Demission übergeben hätten. Unter diesen Umständen habe er sich veranlaßt gesehen, die Gesamtdemission des Kabinetts zu unterbreiten.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten, die von den Abgeordneten mit großer Teilnahmefähigkeit aufgenommen wurde, verließen die Minister geschlossen den Saal. Der Präsident der Kammer hob darauf die Sitzung auf.

Jordauer des Burgfriedens

Die Regierungserklärung Flanderns

Paris, 13. November.

Die Regierungserklärung, die von Ministerpräsident Flandin in der Kammer und von Justizminister Perronod im Senat verlesen worden ist, beginnt mit der Versicherung, daß der Burgfriede andauern werde. Die Regierung sei die Verfechtung dieser Aufgabe. Der Burgfriede fordere unter den gegenwärtigen Umständen tätiges Handeln. Es bleibe genug zu tun, um alles Trennende zu beseitigen. Die Regierung schlage deshalb vor:

Einigung im Hinblick auf das tätige Handeln und entschlossenes Vorgehen in der Einigung für Frankreich und die Republik. Frankreich wolle den Frieden. Die Regierung werde ihn drinnen und draußen aufrecht erhalten. Der Friede sei eine ständige Eroberung. Er stütze sich auf die Stärke und auf die Gerechtigkeit.

„Wir wollen stark sein gegenüber denen, die den äußeren oder inneren Frieden zu lösen versucht sein könnten. (Beifall.) Wir werden unsere Bündnisse und unsere Freundschaften ausbauen. Wir werden die Landesverteidigung verstärken. Wir werden im internationalen Recht durch den Völkerverbund die Gerechtigkeit suchen, die für die schwergeprüften Frontkämpfer die Hoffnung auf eine Beilegung für die gebrachteten Opfer bleibt. Wir werden die Republik gegen alle revolutionären oder auf eine Diktatur abzielenden Antriebe verteidigen.“

Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit scheint uns wie allen Franzosen notwendig. Bedingung hierfür ist eine stabile Regierung. Sollte sich herausstellen, daß im jetzigen Rahmen der parlamentarischen Einrichtungen es unmöglich wird, sie zu sichern, dann werden wir nicht zögern, von den vor der Verfassung vorgelegenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.“



Urheberrechtsschutz: Fünf Türme-Verlag, Halle (Saale)

Hans Hammerschlag betrachtete das Bild, das einen mehr als mittelgroßen, schlanken Mann zeigte. Er sah ein edelgestimmtes Gesicht, blühende dunkle Augen und einen überlegen lächelnden Mund. Fred von Lindner war wirklich ein schöner Mensch gewesen, gab Hans Hammerschlag sich selbst zu. Er war dagegen nur ein plumper Besele.

Als Marie das Bild wieder fortgetragen, kam Elbe die Treppe herunter mit dem Kind. Sie grüßte, und Hans Hammerschlag bot dem Kind die Hand. Klein-Hedi ergriß sie. Er sah sich das Kind genau an, suchte nach Ähnlichkeit mit dem Vater, doch gab es keine. Margots unregelmäßige, feine Züge fand er in dem Kindergesicht wieder, und die kleine schaute ihn an mit Margots wunderwollen tiefblauen Augen, den Augen von jenem Mann, das dem der Weichen gleich.

Die kleine war sehr zutraulich, fuhr ihm mit den Händchen am Arm herum und erzählte ihm dabei irgend etwas in einer ihm völlig unverständlichen Kindersprache. Sie kam jetzt auf seinen Knien, und er dachte: Wie konnte Margot nur fortgehen von der niedlichen Kleinen, um sich in Paris zu zerstreuen!

Elbe nahm ihm das Kind ab und ging damit ins Freie; er aber blieb noch ein Weilchen, fragte Marie, ob sie nicht wisse, wo die gnädige Frau in Paris absteige, er habe ihr etwas Wichtiges zu schreiben. Die alte Köchin beachte:

„Natürlich weiß ich Bescheid. Die Gnädige hat mir ihre Pariser Adresse aufgeschrieben, falls sich was Wich-

nicht, daß sich im nächsten Wagen Hans Hammerschlag befand und nur an sie dachte. Sie überlegte, ob sie nicht Fred von Lindner hätte Trost bieten sollen; denn vielleicht hielt er doch nicht Wort und ging gar nicht fort nach Liebersee. Vielleicht verjubelte er das Geld, das sie ihm brachte, und erprekte dann durch irgendwelche schlaue Ersonnen, gemeinen Trick weitere Summen, so daß sie nie aus der Angst herausfände, das Zurückbare, was er getan, könnte an das Licht des Tages kommen.“

Der Zug fuhr schon durch das schöne Thüringer Land und Margot hatte noch nicht daran gedacht, irgend etwas zu genießen. Sie spürte keinen Hunger und keinen Durst; sie grübelte nur verzweifelt über all ihr Leid und Mißgeschick nach.

Der Schaffner trat ein und grüßte höflich. „Verzeihung, meine Dame, ich möchte Sie bitten, sich von mir in einem anderen Abteil unterbringen zu lassen. Dieser ganze Wagen ist doch ab Eisenach von einer Nichte gefüllt.“

Margot sagte leise: „Ach ja!“, denn eben fiel ihr ein, der Schaffner hatte sie schon beim Einsteigen darauf aufmerksam gemacht, und sie hatte erwidert, ehe man Eisenach erreichte, würde sie in einem anderen Wagen umsteigen. Aber all ihre dunklen, schweren Gedanken hatten sie diese Nebenachtlichkeit vergessen lassen.

Der Schaffner bot ihr freundlich an: „Ich werde Ihr Köfferchen tragen, meine Dame. Gleich im Wagen nebenauf ist noch viel Platz. Zu dem einen Abteil ist nur ein Herr, der nichts tut als schlafen. Do wären Sie gut aufgehoben.“

Margot nickte zu allem. „Es war ja schließlich gleich ob sie hier oder im nächsten Wagen sah, wenn sie nur nicht in ein vollgeproftetes Abteil geriet. Ihr Kopf schmerzte von dem vielen Nachdenken, und ihre Augen brannten vor Liebermüdigung. Sie folgte dem Schaffner, der ihr schwarzes Handköfferchen trug, durch den Gang des D-Zuges. Er öffnete eine Abteiltür vor ihr, stellte ihr Köfferchen in das Gepäck und ging, nachdem er grüßend die Hand an die Nütze gelegt. (Fortsetzung folgt.)“

Weiterhin kündigt die Regierungserklärung an, daß das Reich des Parlements bezüglich der Ausgabenbewilligung eingeschränkt werden soll, daß die Ruhe und Ordnung auf der Straße trotz einer bewährlichen Hebe aufrecht erhalten werden wird, daß zu diesem Zweck Gesetzesentwürfe vorbereitet seien, ferner, daß der republikanische Staat nicht vor Parteiübungen kapitulieren werde. Die Staatsreform umfaßt außerdem eine Verwaltungs- und Justizreform in den Departements und Gemeinden notwendig.

Tränengasbomben gegen kommunistische Unruhestifter.

In Schoppinich in Ostpreußen benutzte eine Gruppe von etwa 300 Kommunisten die Beerigungsfeier eines Genesungsgegnossen zur Abhaltung einer kommunistischen Versammlung. Als der Leichenzug an den Friedhof kam und der Friedhofswärter dem Träger einer roten Fahne den Zutritt verweigerte, kam es zu Zwischenfällen. Als ein kommunistischer Hege am oberen Grabe eine Ansprache halten versuchte, schritt die Polizei ein. Sie wurde jedoch mit Steinwürfen empfangen, so daß die Beamten Tränengasbomben werfen mußten.

Schobers Tagebuch spurlos verschwunden.

Der ehemalige Polizeipräsident und österreichische Bundeskanzler Dr. Johannes Schöber hat während seiner Tätigkeit als Polizeipräsident sowie als Politiker ein umfangreiches Tagebuch verfaßt und eine große politische Aktensammlung angelegt. Das Tagebuch, das außerordentlich wichtiges Material über die ganze Geschichte Österreichs vor dem Krieg enthält, wurde auf Wunsch des Verstorbenen niemals veröffentlicht. Die politischen Akten kamen in das Archiv der Polizeidirektion, während die noch bedeutungsvollen Tagebuchaufzeichnungen im Besitz der Gattin Schobers verblieben. Es wird nun bekannt, daß diese Tagebuchaufzeichnungen verschwunden sind. Frau Schöber ist bald nach dem Tode ihres Gatten gestorben. Die Tagebuchaufzeichnungen blieben in ihrem Nachlaß nicht gefunden werden.

Die Frau des Spartakisten Hölz verhaftet.

In Prag wurden die geschiedene Frau des in Ruß- und geflohenen Spartakistenführers Max Hölz und der Sekretär des Klubs der tschechischen kommunistischen Partei, Stanislav, der seit Monaten wegen verschiedener Verbrechen gegen das Schutzzegleite festerlich gesucht wird, in ihrer Emigrantwohnung verhaftet. Gleichzeitig wurden mehrere kommunistische Studenten und Studentinnen festgenommen. Die Verhaftungen erfolgten im Zusammenhang mit der Auffindung einer geheimen kommunistischen Druckerei in Teplitz-Schönbau, in der kommunistisches Propagandamaterial für Deutschland hergestellt wurde.

König Victor Emanuel im Somalia-Land.

König Victor Emanuel, der sich an die Somalia-Länder zur Befestigung des Landes begeben hatte, ist von Luha über den hohen Tuba nach mebrträgiger Reise wieder an die Küste zurückgekehrt. In Baibo, einem der wichtigsten Punkte der Kolonie, nahm er eine Truppenparade ab und empfing die angehörigen Hauptlinge.

Der „mechanische Sarg“.

Der englische Oberstleutnant Martal hat ein neues Kriegsgerät erfunden, dem man den unheimlichen Namen „mechanischer Sarg“ gegeben hat. Es handelt sich um ein Laufenfahrzeug von 90 Zentimeter Breite und etwas mehr als 2 Meter Länge, das mit einem 4-PS-Motor angetrieben wird und einem erwachsenen Mann gerade bis ans Knie reicht. An der Stirnseite trägt dieser Miniaturpanzer ein Maschinenrohr. Das neue Kriegsfahrzeug, das nachgemäßen ein sehr geringes Ziel bietet, ist zwar vorzüglich auf seine Leistungsfähigkeit hin noch nicht genügend geprüft worden, doch verspricht man sich in militärischen Kreisen sehr viel von dieser Erfindung.

Neu Imro-Gegner ermordet aufgefunden.

Wie aus der mazedonischen Stadt Petrich gemeldet wird, haben die Behörden auf einer Weise bei der Eisenbahnhaltstelle Birin ein Grab mit neun Leichen gefunden. Alle Leichen konnten wiedererkannt werden. Es handelt sich um Einwohner des Dorfes Krupnik. Unter den Toten sind auch ein Gemeinderatsmitglied, ein Lehrer und ein Steuereintnehmer, die Gegner des Imro-Führers Michailow waren, der sie verschleppt und ermordet ließ. Die Mörder sind vor drei Monaten verhaftet worden.

Mitige Ausschreitungen in Mexiko.

In der im Staate Puebla gelegenen Ortschaft Atlixco kam es zwischen zwei feindlichen Arbeitergruppen zu einer wilden Schießerei, bei der eine Person getötet und elf verwundet — darunter zwei unbestimmte — verletzt wurden. Ein Einwohner des in der Nähe der Hauptstadt Mexiko liegenden Dorfes Acateles überfiel in der Nacht eine Dorfversammlung und deren Mitglieder, die sich sehr ernst im sozialistischen Sinne betätigt und deswegen das Mißfallen der Bevölkerung erregt hatten. Die empörten Dorfbewohner veranlaßten sich unter Glockengeläut, drangen in die Wohnung der Frauen ein und töteten ihre schlafenden Opfer durch Steinwürfe.

Brandstiftung? Auf zwei Gutshöfen in nächster Nähe von Königsberg entzündet Großfeuer.

Auf dem Gut Friedrichswalde brannten eine etwa 40 Meter lange mit Getreide gefüllte Scheune und ein angrenzender Stall nieder. Während hier die Feuerwehr noch mit der Bekämpfung des Flammenmeeres und der Rettung von Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten beschäftigt war, brach bei der Hauptfeuerwache die Meldung von einem zweiten Brand auf Gut Klein-Rathshof ein. Auch dort ging eine große Scheune in Flammen auf. Diese Zusammenstöße großer Brände in so fern so auffällig, als erst in den vergangenen Wochen auf Klein-Rathshof ein großes Scheunengebäude mit reichen Erntevorräten in Mitleidenschaft gezogen ist und auch im Frühjahr bereits eine Brandkatastrophe das Gut heimgelacht hat. Von der Kriminalpolizei wurde ein verdächtiger junger Mann verhaftet, der jedoch jede Schuld entziehen befreit.

Schwerer Kraftwagenunfall.

Am Abend fuhr ein aus Königsberg kommender Kraftwagen am Orisingen des Dorfes Hainpertsdorf in Oberbayern in voller Fahrt auf die dortige Straße ein. Von den 6 Insassen des Wagens wurden fünf Personen mehr oder minder schwer verletzt, so daß sie in das Krankenhaus Pfaffenhofen eingeliefert werden mußten.

Ein heftiges Unwetter hat die Lagunenstadt Venedig heimgesucht.

Der Sturm jagte das Sommerfest in die Kanäle und gegen den St. Markusplatz, so daß die tiefer gelegenen Teile der Stadt fast überflutet waren. Der Markusplatz bildet einen einzigen See. Gondeln und Motorboote verkehren den Bergher. An den Häusern werden Notflüge angelegt. Auch die italienische Riviera ist von einem heftigen Wettersturm betroffen worden.

Jeder ist seines Glückes Schmied
kauf Arbeitsbeschaffungslose
RM 1.500.000 GWINNE

Zus. Mah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Verordnungen sind der Schriftleitung stets willkommen

Esleth, den 15. November 1934

Tages-Feiger

○Aufgang: 7 Uhr 52 Min. ○Untergang: 4 Uhr 31 Min.

Schwacher:

8.20 Uhr Vorm. — 9.10 Uhr Nachm.
 16. November: 9.40 Uhr Vorm. — 10.30 Uhr Nachm.

* Es sind folgende Logger hier angekommen: Von der 5. Reife Motorlogger „Albatros“ mit 344 Kantjes, Damplogger „Wog“ mit 394 Kantjes und von der 6. Reife Motorlogger „Kolibri“ mit 140 Kantjes und Damplogger „Vulgar“ mit 434 Kantjes Heringen. * „Schulfschiff Deutschland“, das am 31. Oktober von Las Palmas ablegte, befand sich am 11. November auf 11° N 23° W. An Bord alles wohl. Das Schiff wird voraussichtlich am 30. November in Rio de Janeiro eintreffen.

* Heimat im Rundfunk. Hamburg sendet am Donnerstag, den 15. November, 19.05 Uhr, aus Bremen „Das Oldenburger Land“. Szenen aus Marich, Moor und Geest von August Hinrichs und Alma Rogge. Gastspiel der Niederdeutschen Bühne Oldenburg.

* Einen allwöchentlichen Treffpunkt haben sich die in Esleth wohnenden Kapitäne, die außer Fahrt sind, seit längerer Zeit vereinbart, und zwar wird jeden Mittwoch in der Kaulenigen Regelbahn geteilt. Es ist eine Freude zu sehen, mit welcher Jugendkraft die meist über 70 Jahre alten Herren die Kegelfugel werfen, und es ist keine Seltenheit, daß bei 4 Wurf viermal die „Neun“ fallen. Aktive Kapitäne und Offiziere sind immer, wenn sie auf Urlaub in Esleth sind, bei den älteren Kollegen eingeladen, und diese sorgen dafür, daß, wenn der aktive Kollege wieder auf See ist, nette Erinnerungen von der feuchtschönen Regelbahn in Erinnerung hat.

* Am kommenden Freitag wird die Ortsgruppe Esleth des Reichsluftschutzbundes wieder die unentgeltliche Vortragsserie fortsetzen. Es sollen am Freitag sogenannte Brandfänge und deren besonders verderbenden Wirkungen vom Stadtmann vorgeführt werden. Diese ausfallenden Vorträge erfreuen sich immer mehr Zuspruchs, ein Beweis, daß das Ziel des Luftschutzbundes sehr ernst zu nehmen ist.

* Die Kameraden des Sturmes 3/10 Esleth hatten sich am letzten Sonnabend in Gieslers Hotel zu einem Kameradschaftabend versammelt. Hierzu waren auch die Frauen eingeladen, um ihnen zu zeigen, was für ein Geist im Sturm herrscht. Nachdem der Sturmführer die Anwesenden begrüßt hatte, wurde eine Stunde den Gesallenen des 9. November 1923 gewidmet. Ernst Vorträge und Musikstücke füllten diese Stunde aus. Dann wurde zum fideles Teil übergegangen. Lustige Vorträge und Lieber wechselten sich gegenseitig ab. Frä. Rippenbrin, die sich dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hatte, und allen Kameraden, die dazu beitrugen, den Abend zu verschönen, sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank ausgesprochen.

* Am 7. November d. J. fand in Brake eine gemeinsame Versammlung des Amtsverbandes und der Gemeindevorsteher des Amtes Wesermarsh unter Vorhitz des Amtshauptmanns Widdendorfs statt. In dieser Versammlung wurde zunächst über die vorgesehene Neuregelung des Straßensystems verhandelt. Mit der vom Ministerium in Vorschlag gebrachten Einteilung der Straßen in Reichsstraßen, Landesstraßen 1. Ordnung, Landesstraßen 2. Ordnung, erklärte sich die Versammlung grundsätzlich einverstanden. Danach verbleiben dem Amtsverband, der bisher rund 600 Kilometer Staats-, Amtsverbands- und Gemeindestraßen zu unterhalten hatte, noch rund 190 Kilometer Landesstraßen 2. Ordnung in eigener Verwaltung, während die Unterhaltung der übrigen Straßen auf das Reich bzw. den Staat übergeht. Sodann wurde verhandelt über die Durchführung der vom Landesarbeitsamt anerkannten Notstandsarbeit. Für diese Notstandsarbeit sind 55 450 Tagewerke anerkannt. Seitens des Landesarbeitsamtes wird je Tagewerk ein

Zuschuß von 3 RM gewährt. Unter die Anerkennung fallen alle Arbeiten, die der Landesmelioration dienen, insbesondere gründliche Instandsetzung von Viehweidungsgräben, das Abtragen von Deichen und Wehrungen, die Schaffung neuer Wasserläufe, Begräbnungen, Anlage von ländlichen Wegen usw. Die Kosten der Arbeiten hat, soweit sie nicht durch die Förderungszuschüsse von 3 RM je Tagewerk gedeckt sind, derjenige zu übernehmen, der den Nutzen der Arbeit hat, nämlich entweder der Amtsverband, die Gemeinden, die Wasserverbände oder der Landwirt. Der auf diese Stellen entfallende Kostenanteil beträgt je Tagewerk 1,50 RM. Die Restfinanzierung der Notstandsarbeit wird vom Amtsverband übernommen. Die Arbeiten werden von dem für jede Gemeinde bestimmten Unternehmer ausgeführt. Diesem wird durch Vermittlung des Arbeitsamtes die erforderliche Anzahl von Arbeitslosen zugewiesen. Die Anträge auf Zuweisung von Arbeitskräften sind an diese Unternehmer oder an den zuständigen Gemeindevorstand zu richten. Der Landwirt, der sich an der Notstandsarbeit beteiligen will, hat schriftlich die Versicherung abzugeben, daß er seit dem 2. Oktober 1934 keine Entlassungen von landwirtschaftlichen Arbeitern vorgenommen hat und auch während der Dauer der Notstandsarbeit nicht vornehmen wird. Bei dieser Notstandsarbeit können, wenn die anerkannten Tagewerke ausgenutzt werden, rund 500 Notstandsbearbeiter 5 Monate lang beschäftigt finden. Es ist dringend erwünscht, daß alle beteiligten Stellen der Wesermarsh sich an dieser Notstandsarbeit nach besten Kräften beteiligen, einmal im Interesse einer großzügigen Landesmelioration zum andern auch zur Befähigung der Arbeitslosigkeit. Nähere Auskunft erteilt der zuständige Gemeindevorstand.

* Preis-schilder und Preisverzeichnis im Einzelhandel. Die Industrie- und Handelskammer schreibt uns: Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat in seinen letzten Anordnungen darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnungen über Preis-schilder und Preisverzeichnis genau eingehalten werden müssen. Es ist für jeden Kaufmann unbedingt erforderlich, daß er die maßgebenden Bestimmungen kennt und beachtet. Wir weisen nachstehend nochmals auf die wichtigsten jetzt geltenden Vorschriften hin, die besonders den Lebensmittel-einzelhandel betreffen (weitere Auskünfte sind bei der Industrie- und Handelskammer zu erhalten). Wer nachstehende Waren in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt, in der Marktallee oder im Straßenhandel sichtbar ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, die Waren mit Preis-schildern zu versehen, aus denen der genaue Preis je Pfund sowie die handelsübliche Qualitätsbezeichnung der einzelnen Waren ersichtlich ist. Soweit das Pfund als Verkaufseinheit nicht handelsüblich ist, kann die Preisbezeichnung nach Stück oder nach einer anderen handelsüblichen Verkaufseinheit erfolgen: Weizenmehl, Roggenmehl, Reis, Graupen, Haferflocken, Rubeln, Gerste, Makkaroni, Getreide, Erbsen, Gerst- und ungeschälte, Bohnen, Linen, Bänder, Kartoffeln, Salzheringe, Schweinefleisch, Butter, Margarine, Koffees, Kaffeespezialität, Röhre, Kakaos, Bohnenmehl, Malztaffe, Kornmaße, Obst, Gemüse. Wer diese Waren im Kleinhandel absetzt, ohne sie sichtbar auszustellen, hat in seinem Laden, Schaufenstern, Schaukästen und an seinem Verkaufstand für die nicht aus-gestellten Waren gut sichtbar ein Preisverzeichnis anzugeben, das den Erfordernissen der Preis-schilder entspricht. — Käse unterliegt den Vorschriften dieser Verordnung nur hinsichtlich der wichtigsten Sorten. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen an die Verbraucher zu dem auf einem Preis-schilder oder in einem Preisverzeichnis angegebenen Preise gegen Barzahlung nicht verweigert werden und insbesondere auch nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden darf. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft. Außerdem wird der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs von der zuständigen Behörde unterlagert, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Handelstreibende die für den Handelsbetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

Statistik der deutschen Perings-fischererei bis 10. November 1934. Nach Mitteilung der Deutschen Fischereiwirtschafts-Kommission, m. b. H., Bremen, wurden angebracht vom 4. 11. bis 10. 11. 1934 durch 62 Schiffe 33 189 Kantjes, gegen in 1933 durch 56 Schiffe 37 121 Kantjes, 1932 48 Schiffe 27 125 1/2 Kantjes, 1931 30 Schiffe 16 637 1/2 Kantjes, 1930 37 Schiffe 20 063 Kantjes, 1929 35 Schiffe 16 759 Kantjes. Total-Anfuhr bis heute 547 917 Kantjes in 853 Reizen (Stärke der Flotte 169 Schiffe), gegen in 1933 411 836 Kantjes in 715 Reizen (148), 1932 311 547 Kantjes in 549 Reizen (118), 1931 360 319 Kantjes in 625 Reizen (118), 1930 271 505 1/2 Kantjes in 560 Reizen (124), 1929 251 898 1/2 Kantjes in 510 Reizen (124).

* Mißbrauch der Reichsverbilligungsscheine für Speiseeette. Die Industrie- und Handelskammer schreibt uns: Die Reichsregierung will Deutschlands verhängnisvolle Abhängigkeit vom Auslande in der Fetterzeugung überwinden, dem Bauern, dem Arbeitslosen und dem Volk, helfen. Durch die Gründung der Bauernschaft wird für Handel und Gewerbe Arbeit geschaffen. Der Fetterbilligungsschein soll die für die Fetterzeugung im Inlande notwendigen Preise den minderbemittelten Volksgenossen erträglich machen. Zu diesem Zwecke sind für die minderbemittelte Bevölkerung die Reichsverbilligungsscheine, geltend für die Monate November, Dezember 1934 und Januar 1935 ausgegeben. Die einzelnen Scheine, die den besonderen Aufdruck: „Gültig für November 1934 bzw. Dezember 1934 bzw. Januar 1935“ tragen, sollen den Bezugsberechtigten für jeden Monat die billigen Speiseeette sichern. Uns ist nun mitgeteilt, daß in mehreren Fällen, offenbar aus wettbewerbs-egoistischen Gründen, sämtliche Verbilligungsscheine auf einmal abgetrennt und eingelöst sind. Das hat zur Folge, daß die minderbemittelte Bevölkerung in der Folgezeit keine verbilligten Fette beziehen kann. Durch diesen Mißbrauch der Scheine auch das Ziel der Regierung, die Minderbemittelten auch in Zukunft mit billigen Fetten zu

